



Pressemitteilung

Die Universität Luxemburg und das Schattenkabinett

Als Jungsozialisten kritisieren wir die neuen Budgetkürzungen der einzelnen Fakultäten und Institute der Universität Luxemburg aufs Schärfste. Ebenso missbilligen wir die intransparente und fragwürdige Zusammensetzung des Aufsichtsrates der Universität (Conseil de Gouvernance), der u.a. aus Vertretern der Privatwirtschaft (darunter die Beratungsfirma Ernst & Young) und Personen anderer Universitäten besteht, welche kaum eine persönliche Verbindung zur Universität Luxemburg haben. Dabei ist es gerade dieser seltsam zusammengewürfelte Verwaltungsrat, der Entscheidungsmacht besitzt.

Als JSL sind wir angewidert von der Tatsache, dass neoliberales Gedankengut auch in der Universitätsverwaltung seinen Wirt findet - und das nicht nur in Luxemburg. Bei der Forschung sollte es in erster Hinsicht nicht um wirtschaftlich nützliche Resultate und noch weniger um reine Effizienz gehen, sondern um Unabhängigkeit und das Recht, auch mal scheitern zu können und so Neues zu entdecken. Allerdings scheint angesichts der Budgetkürzungen das Gegenteil der Fall zu sein.

Zwar ist ein Gesetzesprojekt vorgestellt worden, welches der Universität mehr Unabhängigkeit garantieren soll, wie genau dies bewerkstelligt werden soll, bleibt jedoch unklar. Es wird jedenfalls Zeit, dass die Universität auch und gerade von jenen Leuten verwaltet wird, die dort arbeiten und forschen. Mit dem Universitätsrat, bestehend u.a. aus Rektorat und Vertretern der Fakultäten, gibt es zwar bereits das passende Organ, nur hat es kaum Einfluss und keine Entscheidungsmacht. Wir verlangen daher, dass dieses Organ erheblich aufgewertet wird, indem ihm ein Vetorecht zugesprochen werden soll. Der Rektor sollte zudem, wie es auch an anderen Universitäten üblich ist, von der Einrichtung selbst ernannt werden und nicht vom Großherzog, wie es im aktuellen Gesetzestext der Fall ist.

Die Budgetkürzungen werden nicht nur zusätzliche Spannungen verursachen, sondern auch zu verstärktem Konkurrenzdenken zwischen den Instituten führen, was die Zusammenarbeit unter den Forschern beeinträchtigen und schlussendlich die Lehrkompetenz der Universität gefährden könnte.

Das Nationalbüro der JSL
18. April 2017